

Vortrag der Agglomerationskommission (AKO) an den Stadtrat**Agglomerationskommission: Tätigkeitsbericht an den Stadtrat 2007****1. Einleitung**

Mit Beschluss vom 1. Juli 2004 hat der Stadtrat gestützt auf Art 76 GO und Art. 25 GRSR eine neunköpfige Agglomerationskommission (AKO) für die Legislatur 2005-08 eingesetzt. Im ersten Jahr ihres Bestehens hat die Kommission ihren definitiven Auftrag erarbeitet und ihn am 2. Februar 2006 zuhanden des Parlaments verabschiedet. Der Stadtrat nahm am 6. April 2006 in zustimmendem Sinn davon Kenntnis. Gemäss Auftrag ist die Kommission verpflichtet, dem Stadtrat mindestens einmal im Jahr einen Tätigkeitsbericht zu unterbreiten. Dieser Verpflichtung kommt die AKO mit dem vorliegenden Bericht für das Jahr 2007 nach.

2. Zusammensetzung

Im Berichtsjahr sind vier neue Mitglieder in die AKO gewählt worden. Zudem wählte der Stadtrat am 11. Januar 2007 die bisherige Vizepräsidentin Jacqueline Gafner Wasem als neue Vorsitzende der Kommission. Sie übernahm das Amt von Andreas Zysset, der die AKO in den Jahren 2005/06 präsidiert hatte. Zur neuen Vizepräsidentin wählte der Stadtrat Ursula Marti. Gegenwärtig gehören der AKO die folgenden neun Stadträt/innen an:

Lea Bill (JA!, Wahl am 16. August 2007)

Manfred Blaser (SVP, Wahl am 11. Januar 2007)

Jacqueline Gafner Wasem (FDP), Präsidentin

Beni Hirt (SP)

Mario Imhof (FDP, Wahl am 22. März 2007)

Natalie Imboden (GB)

Peter Künzler (GFL, Wahl am 11. Januar 2007)

Ursula Marti (SP), Vizepräsidentin

Andreas Zysset (SP).

3. Auftrag der AKO

Gemäss Beschluss des Stadtrats vom 6. April 2006 hat die Agglomerationskommission in der Legislatur 2005-08 folgenden Auftrag zu erfüllen:

Die Agglomerationskommission

- setzt sich ins Bild über das kantonale Agglomerationsprojekt und über entsprechende Aktivitäten des Bundes, allenfalls auch über andere Agglomerationsprojekte
- setzt sich ins Bild über laufende Geschäfte/Projekte, die die Agglomeration Bern betreffen
- tauscht sich mit dem Gemeinderat über die Agglomerationspolitik der Stadt Bern aus, kennt seine Haltung und seine Absichten und bringt dabei den Standpunkt des Stadtrats ein

- pflegt Kontakte zu anderen Parlamenten oder Akteuren in der Region und wo sinnvoll im Kanton (andere Städte), versucht eine gemeinsame Haltung zu entwickeln und leistet ihren Beitrag für Vertrauensbildung
- ist als vorberatende Kommission zuständig für Agglomerationsgeschäfte im engeren Sinn
- soll bei wichtigen Stadtratsgeschäften, welche die Agglomeration betreffen, zur Stellungnahme beigezogen werden
- nimmt bei Vernehmlassungen Stellung und vertritt dabei die Interessen des Stadtrates
- schlägt dem Stadtrat einzelne Aktivitäten vor und/oder kann Vorstösse zu Agglomerationsfragen einreichen
- kennt, konkretisiert und beurteilt die Instrumente (Einflussmöglichkeiten) des Stadtrats in der Agglomerationspolitik
- leitet ihre Erkenntnisse an den Stadtrat weiter, indem sie bei Bedarf, mindestens einmal im Jahr, über ihre Tätigkeit und zukünftige Schwerpunkte berichtet.

4. Sitzungen und Themen

Die AKO traf sich 2007 zu fünf zwei- bis dreistündigen Sitzungen und einem ganztägigen Workshop in Worb. Stadtpräsident Alex Tschäppät und Regula Buchmüller als Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung nahmen regelmässig an den Sitzungen teil, darüber hinaus informierten Gemeinderätin Regula Rytz, Vize-Stadtschreiber Jürg Wichtermann und Ernst Zürcher vom Amt für Gemeinden und Raumordnung über bestimmte Aspekte der Agglomerationspolitik. Folgende Themen standen im Zentrum der Kommissionsarbeit:

Umsetzungsvorlage SARZ

Wie im Vorjahr bildete die Umsetzungsvorlage zur kantonalen Agglomerationsstrategie SARZ einen Schwerpunkt der Kommissionstätigkeit. Der Regierungsrat hatte die Vorlage im Herbst 2006 verabschiedet und dabei auch die von der AKO eingebrachten Änderungsvorschläge betreffend Neuregelung der Stimmkraft, Zuständigkeit für Behördeninitiative und -referendum sowie jährlicher Berichterstattung der Regionalkonferenz an die kommunalen Parlamente berücksichtigt. Der Grosse Rat behandelte das Geschäft anschliessend in zwei Lesungen und genehmigte die entsprechenden Änderungen der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes am 20. März 2007 ohne Gegenstimme. Im Rahmen der grossrätlichen Behandlung erfuhr die Umsetzungsvorlage noch zwei wesentliche Änderungen:

- Zusätzlich zur regionalen Richt-, Verkehrs- und Siedlungsplanung und der regionalen Kulturförderung sind den Regionalkonferenzen die Berggebietsförderung und die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) als obligatorische Aufgaben zugewiesen worden. Die entsprechenden Änderungen sollen allerdings erst ab 2013 gelten, damit eine gestaffelte Überführung der bisherigen Strukturen der Berggebietsförderung in die Regionalkonferenzen möglich ist. Für die Regionalkonferenz Bern-Mittelland ist dies insofern von Bedeutung, als die aufgrund der Gesetzgebung über die Regionalpolitik ausgeschlossenen Gemeinden nicht an der Beschlussfassung und Finanzierung der entsprechenden Aufgaben mitwirken. Dieser Ausschluss betrifft die Agglomeration Bern (Stadt und 38 weitere umliegende Gemeinden). Die Aufgaben der Regionalpolitik werden deshalb im Rahmen einer Teilkonferenz der RK Bern-Mittelland zu erfüllen sein.
- Ursprünglich war vorgesehen, dass die Übertragung von weiteren Aufgaben der Gemeinden an die Regionalkonferenz zwingend im Rahmen einer regionalen Volksabstimmung zu beschliessen sei. Diese Bestimmung wurde gestrichen, da damit die kommunalen Zuständigkeitsordnungen übergangen worden wären. Neu richtet sich die Zuständigkeit für die Übertragung weiterer Aufgaben an die Regionalkonferenz innerhalb der Gemeinden nach der jeweiligen kommunalen Zuständigkeitsordnung. Damit wurde den Bedenken der AKO Rech-

nung getragen, die in einem Schreiben an das Amt für Gemeinden und Raumordnung auf die unbefriedigende Regelung hingewiesen hatte.

In der kantonalen Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 ist die Umsetzungsvorlage SARZ mit einem Anteil von über 80 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen worden. Bestätigt wurde damit auch die Regelung, wonach die Gemeinden die Zuständigkeit für Behördeninitiative und -referendum im Rahmen des RK-Modells an die kommunalen Parlamente übertragen können. Die AKO hat sich in der zweiten Jahreshälfte intensiv mit der Frage beschäftigt, wie eine solche Regelung in der Stadt Bern konkret umgesetzt werden könnte. Sie hat vom städtischen Rechtskonsulenten Jürg Wichtermann ein Grundlagenpapier erarbeiten lassen, in dem dargelegt wird, wie die Übertragung der Zuständigkeit an den Stadtrat rechtlich umzusetzen wäre und wie die Anpassung der betreffenden Erlasse (GO, GRSR) zeitlich ablaufen müsste.

Vernehmlassungen

Parallel zur Umsetzungsvorlage erarbeitete der Regierungsrat zwei Verordnungen betreffend Einführung und Organisation der künftigen Regionalkonferenzen und verabschiedete sie im Juni 2007 zuhanden eines breiten Vernehmlassungsverfahrens. Die AKO befasste sich im September 2007 mit der Verordnung über die Regionalkonferenzen (RKV) und der Verordnung über das Geschäftsreglement für die Regionalkonferenzen (RKGV) und verfasste eine Stellungnahme, in der sie unter anderem eine Verkürzung der Amtsdauer des Präsidiums von vier auf zwei Jahre und klare Kriterien für die Zusammensetzung der Geschäftsleitung und der RK-Kommissionen vorgeschlagen hat. Inzwischen hat der Regierungsrat die beiden Erlasse genehmigt und beschlossen, sie auf den 1. Januar 2008 in Kraft zu setzen. Die Anliegen der AKO wurden bei der Überarbeitung der Verordnungen nicht berücksichtigt. Das übergeordnete Recht ist allerdings nur dann massgebend, wenn eine Regionalkonferenz kein eigenes Geschäftsreglement erlässt. Da die RK Bern-Mittelland ein eigenes Reglement verabschieden wird, können die Vorschläge der AKO allenfalls in diesem Rahmen nochmals diskutiert werden.

Einholung von Grundlageninformationen

Zum Auftrag der Agglomerationskommission gehört es, sich laufend über die agglomerationspolitischen Projekte ins Bild zu setzen und Kontakt zu den politischen Akteuren auf regionaler Ebene zu pflegen. Im Berichtsjahr hat sich die AKO mit folgenden Themen vertieft auseinandergesetzt:

- Information zur Revision des kantonalen Strassenbaugesetzes: Gemeinderätin Regula Rytz orientierte die Kommission im Januar über geplante Änderung des Strassenbaugesetzes, die hinsichtlich Strassenfinanzierung nicht den Interessen der Stadt entspricht. Die Differenzen zwischen den kommunalen Anliegen und den Vorstellungen des Kantons bestehen nach wie vor und der Gemeinderat wird deshalb versuchen, im Rahmen der grossrätlichen Beratung der Gesetzesänderung im Januar 2008 seine Vorschläge nochmals einzubringen.
- Information über Gemeindefusionen im Kanton Bern: Ernst Zürcher vom Amt für Gemeinden und Raumordnung informierte die AKO im März 2007 über die Erfahrungen des Kantons mit dem Gemeindefusionsgesetz, mit dem eine Reduktion der Anzahl Gemeinden von heute 396 auf 300 im Jahr 2017 angestrebt wird.
- Tagung zum Infrastrukturfonds: Eine Delegation der AKO (Präsidentin, Vizepräsidentin, Sekretär) nahm an der Tagung des Städteverbands zum Infrastrukturfonds am 22. Mai 2007 in Bern teil und liess sich von Fachleuten über das neue Gesetz zum Infrastrukturfonds und den Stand der Agglomerationsprogramme in verschiedenen Regionen der Schweiz informieren. Dabei wurde einmal mehr der dringende Handlungsbedarf deutlich, der im Zusammenhang mit agglomerationsspezifischen Problemen insbesondere im Bereich Verkehr besteht.

Berichterstattung und Planung

Die AKO diskutierte am 30. November 2007 wie im Vorjahr den schriftlichen Bericht des Gemeinderats zur Agglomerationspolitik, in dem die agglomerationspolitischen Schwerpunkte im Jahr 2007 aus der Sicht der Stadtregierung dargestellt werden. Zudem wurde die Kommission bereits in der ersten Jahreshälfte vom Stadtpräsidenten mündlich über aktuelle Entwicklungen auf agglomerationspolitischer Ebene informiert. In beiden Stellungnahmen wurde auf die hohe Bedeutung der Revision des kantonalen FILAG 2012 hingewiesen, in deren Rahmen auch eine allfällige Erhöhung der pauschalen Abgeltungen der Zentrumslasten behandelt und entschieden wird. Zudem engagieren sich Gemeinderat und Verwaltung aktiv im Projekt BernPlus, in dem die Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland unter Federführung des VRB vorbereitet wird.

Die AKO verabschiedete den gemeinderätlichen Bericht am 30. November 2007 zuhanden des Stadtrats. Er wird dem Parlament zusammen mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht der Agglomerationskommission unterbreitet, den die Kommission ebenfalls am 30. November 2007 zusammen mit ihrem Arbeitsprogramm für das kommende Jahr (siehe Beilage) genehmigt hat. Die thematischen Schwerpunkte liegen auch 2008 in der Begleitung der Umsetzung von SARZ und den Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der RK Bern-Mittelland sowie der Kontaktpflege und Informationsvermittlung zwischen den agglomerationspolitischen Akteuren. Zusätzlich wird die Frage nach der zukünftigen Rolle der Agglomerationskommission zu klären sein, denn der Auftrag der Kommission läuft mit dem Ende der Legislatur im Dezember 2008 aus.

5. Tagung in Worb

Die diesjährige Tagung der Agglomerationskommission zur Agglomerationspolitik fand am 26. Oktober 2007 im Gemeindesaal in Worb statt. Erstmals wurde der Anlass in einer Agglomerationsgemeinde durchgeführt, was auf ein positives Echo der Gastgebergemeinde und der Teilnehmer/innen stiess. Es nahmen 45 Personen an der Tagung teil, darunter 25 Vertreterinnen und Vertreter der Parlamente aus den Gemeinden Worb, Köniz, Münchenbuchsee, Münsingen, Muri, Ostermundigen und Zollikofen.

Das Tagungsprogramm umfasste erneut vier Referate zur Agglomerationspolitik. Im Zentrum standen dabei einerseits die Vorbereitungsarbeiten in den verschiedenen SARZ-Regionen für die Einführung einer Regionalkonferenz und andererseits die Förderung und Umsetzung der Modellvorhaben Agglomerationspolitik auf nationaler Ebene. Am Nachmittag vertieften die Parlamentarier/innen aus den Aussengemeinden gemeinsam mit den Vertreter/innen der AKO die Informationen aus den Referaten und nutzten die Gelegenheit zur Pflege und Vertiefung der Kontakte, die seit 2005 geknüpft werden konnten. Detailliertere Informationen können der beigefügten Kurzfassung des Tagungsberichts entnommen werden (siehe Beilage).

6. Fazit

Das dritte Arbeitsjahr der Agglomerationskommission war in erster Linie geprägt durch die Begleitung der agglomerationspolitischen Entwicklungen auf kantonaler Ebene. Im Zentrum stand dabei nach wie vor die Frage nach den Mitwirkungsmöglichkeiten der Parlamente im Regionalkonferenz-Modell, die auch im Rahmen des jährlichen Zusammentreffens mit den Parlamentsmitgliedern aus den Agglomerationsgemeinden breit diskutiert wurde. Gegenwärtig geht es nun darum, eine allfällige Delegation der Zuständigkeit für Behördeninitiative und -referendum an den Stadtrat konkret auszugestalten und die notwendigen Anträge vorzubereiten. In diesem Zusammenhang wird auch zu entscheiden sein, ob und wie es mit der Agglomerationskommission nach Ablauf des Kommissionsauftrags Ende 2008 weitergeht.

Die Kontakte zu den wichtigen Akteuren in der Agglomerationspolitik (Kanton, regionale Gremien wie VRB, RKK und RVK) wurden 2007 weiter gepflegt und vertieft. Die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, mit Stadtpräsident und VRB-Präsident Alex Tschäppät und der Verwaltung (Abteilung Stadtentwicklung) läuft ausgezeichnet und ist von gegenseitiger Transparenz geprägt. Auch die Beziehungen zu den Parlamenten der Agglomerationsgemeinden konnten im Rahmen der jährlichen Tagung weiter intensiviert werden.

7. Antrag

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission für das Jahr 2007 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

10. Dezember 2007

Agglomerationskommission

Beilagen:

- Arbeitsprogramm der AKO 2008
- Bericht zum Workshop 2007 (Kurzfassung)